

Anmerkungen zu

„Agenda 2010 gescheitert – Plädoyer für eine neue Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik“ von Kai Rösen und Matthias Lenk, Köln 11.6.2009

Aus Sicht einer Sozialpolitikerin möchte ich doch noch die eine oder andere Anmerkung machen:

Die Einschätzung, dass eine Arbeitsmarktpolitik der harten Hand die Wirtschaftskraft Deutschlands nicht unbedingt stärkt, teile ich voll und ganz. Ob tatsächlich, wie im Beitrag vermutet, die **niedrige Arbeitsmoral** und ein **schlechtes Arbeitsklima** in Deutschland allein auf eine repressive Arbeitsmarktpolitik zurückzuführen ist, bezweifle ich allerdings. Interessant wären hier vergleichende Untersuchungen mit anderen Ländern, die sämtliche Rahmenbedingungen von Arbeit umfassen. Hierzu gehören nicht nur das Arbeitsrecht (Löhne und Gehälter, Kündigungsschutz, Urlaub, usw.), sondern auch die Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, eine gute Diversity-Politik, Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz und vieles mehr.

Nicht erwähnt wird die in den letzten Jahren erhebliche Zunahme **prekärer Beschäftigungsverhältnisse** (Teilzeit, Befristung, nicht abgesichert, lückenhafte Erwerbsbiographie, Praktika, usw.). Waren in früheren Zeiten in erster Linie Frauen nicht im Besitz eines arbeitslebenslangen männlichen Vollzeitbeschäftigungsverhältnisses, sprechen wir heute von der Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, ob von Männern oder Frauen besetzt. Die Generation Praktikum ist nur eine Ausprägung dieser Tendenz.

Bei der Einschätzung der Arbeit in Deutschland sollte auch nicht unerwähnt bleiben, inwieweit sich immer wieder ein **illegaler Arbeitsmarkt** für Menschen ohne Papiere weiter entwickelt, insbesondere im Dienstleistungssektor. Dies sowie die drohenden Produktionsverlagerungen ins Ausland drücken auf die übrigen Arbeitsverhältnisse. Wir haben nicht nur mit einer riesigen Transformation der Wirtschaft zu tun, sondern müssen auch überlegen, wie insbesondere im Konsum und bei haushaltsnahen Dienstleistungen ein vernünftiges Preis-Leistungsverhältnis wiederhergestellt werden kann.

Doch nun zur Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik:

Der Artikel legt nahe, dass Agenda 2010 und Hartzreformen ausschließlich mit Hartz IV gleichzusetzen sind. Dies stimmt nicht so ganz, Hartz IV hat nur einen seltenen Rang von Berühmtheit erworben, ist inzwischen sozusagen das Synonym für alle Probleme der Arbeitslosigkeit geworden, so dass Teile der Partei „Die Linke“ nur einen einzigen Programmpunkt haben: „weg mit Hartz IV“.

Tatsächlich umfasste die **Agenda 2010** nicht nur Arbeitsmarktpolitik, sondern alle Bereiche der Sozialversicherung und vieles mehr. Auch die **Hartzreformen** hatten mehr als Hartz IV. Hartz I und II schufen neue arbeitsmarktpolitische Instrumente, die fast alle wegen mangelnden Erfolges sang- und klanglos eingestellt worden sind (berühmtestes Beispiel die Ich-AG) oder bauten die Möglichkeiten prekärer Beschäftigungsverhältnisse aus. Hartz III sollte die Bundesanstalt für Arbeit reformieren (dies war im übrigen der Grund für die Einsetzung der Hartz-Kommission), übrig blieb der neue Name „Agentur“.

Die Einschätzung, **Hartz IV** sei im Kern ein Instrument zur Drangsalierung von Arbeitslosen und Disziplinierung von Arbeitnehmern, teile ich nicht uneingeschränkt. Leider werden die guten Seiten von Hartz IV häufig nicht mitgedacht. Zumindest wurde die künstliche **Trennung der arbeitslosen Menschen**, die darauf beruhte, ob man vor der Arbeitslosigkeit schon einmal lange genug sozialversicherungspflichtig beschäftigt war, aufgehoben. Vorher gab es entweder Sozialhilfe oder Arbeitslosenhilfe, im letzteren Fall auch Ansprüche auf Beschäftigungsförderung. SozialhilfeempfängerInnen wurden je nach Sozialamt gefördert oder nicht. Seit Hartz IV gibt es eine einheitliche Betreuung und Förderung. Mich freut dabei am meisten, dass die Stigmatisierung der SozialhilfeempfängerInnen nun nicht mehr so einfach klappt. Theoretisch kann nun jeder und jede dazu gehören, schon nach einem Jahr Arbeitslosigkeit. Genau dies macht aber auch vielen Menschen große Angst.

Die Höhe der **Regelsätze** blieb auf Sozialhilfeniveau, allerdings wurden die einmaligen Leistungen fast gänzlich abgeschafft, die dafür zugestandenen Pauschbeträge sind niedriger, das Schonvermögen wurde etwas angehoben. Insbesondere ehemalige ArbeitslosenhilfeempfängerInnen, vor allem, wenn sie vorher gut verdienten, waren die Verlierer.

Sozialpolitisch am bedeutsamsten war jedoch die **Umverteilung der Gelder für Beschäftigungsförderung**. Nun werden nicht mehr die Kurzarbeitslosen schwerpunktmäßig gefördert, sondern die, die es am nötigsten haben. Mit Hartz IV zahlt der Bund ca. 6,5 Mrd. € für die Förderung der Langzeitarbeitslosen, kein Kämmerer in keiner Kommune kann dies Geld streichen. In Köln werden jährlich ca. 100 Millionen € für das Fördern ausgegeben, vor Hartz IV war es weniger als die Hälfte. Und jede und jeder hat Anspruch auf Förderung, vorher wurden ganze Bevölkerungsgruppen einfach ignoriert. Natürlich reichen die jetzigen Beschäftigungsförderungsgelder noch immer nicht, dies macht sich zur Zeit in der Arge Köln bemerkbar. Der Aufbau ist soweit vorangeschritten, dass die Betreuung inzwischen einigermaßen funktioniert, so dass inzwischen mehr Geld für Hilfen in der Beschäftigungsförderung gebraucht würden.

Natürlich ist es ein Trugschluss, wenn man denkt, eine gute Beschäftigungspolitik **beseitigt Arbeitslosigkeit**. Dies hatte der damalige Bundeswirtschafts- und Arbeitsminister Clement bei der Einführung von Hartz IV allerdings vorgegaukelt und völlig falsche Erwartungen geweckt. Stattdessen schnellte die Zahl der Arbeitslosen rapide empor, weil nun auch die ehemaligen SozialhilfeempfängerInnen mitgezählt wurden, und zwar alle erwerbsfähigen Mitglieder einer Bedarfsgemeinschaft, auch die Ehefrauen und die erwerbsfähigen Kinder. Zum ersten Mal eine halbwegs ehrliche Zählweise.

Auch wird das **Ausmaß sozialer und gesundheitlicher Probleme**, die Langzeitarbeitslose haben, zum ersten Mal deutlich. Selbst wenn es ausreichend Arbeitsplätze gäbe, könnten viele Menschen aus der Arge nur erst nach vielen Hilfen vermittelt werden. Nur ca. 15% der Arge-KundInnen in Köln sind sofort vermittelbar oder haben schon einen Arbeitsplatz, verdienen aber zuwenig. Für 85% bedarf es mehr oder weniger Hilfen, gesundheitliche und/oder soziale Probleme zu meistern. Insofern findet in den Argen ein Großteil der Sozialpolitik Deutschlands statt. Vielfach geht es erst einmal vorrangig um eine Stabilisierung der Lebenslagen, an volle Erwerbstätigkeit ist erst mittelfristig zu denken.

Im übrigen ist es falsch, die Erfolge von Hartz IV jetzt schon messen zu wollen. Der **Aufbau der Argen** ist noch längst nicht abgeschlossen. Augenblicklich wird auch nichts weiter entwickelt, weder werden die umständliche Software noch die Wahnsinnsbürokratie abgelöst. Stattdessen bleibt die Vorläufigkeit aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Rechtswidrigkeit der Argen und des Unvermögens der Bundesregierung, die Argen auf eine rechtskonforme Basis zu stellen. Wer jetzt schon das System vollkommen einschätzen möchte, verkennt die Realitäten. Verkennt, dass völlig neue Organisationen aufgebaut werden mussten, dass ca. 17.000 neue Beschäftigte gefunden, ausgebildet und eingearbeitet (von wem?) werden müssen und mussten. Die größte Umwälzung des bundesrepublikanischen Sozialsystems ist noch längst nicht abgeschlossen!

Doch zurück zur These der harten Arbeitsmarktpolitik zur Drangsalierung der Arbeitslosen und Disziplinierung der Beschäftigten. Natürlich stimmt dies. Ohne Mindestlohn können Noch-Beschäftigte natürlich diszipliniert werden. Dies war auch schon vor Hartz IV so, die Zumutbarkeitsregelungen gab es schon vorher, nur ist dies jetzt mehr Menschen bewusst, nicht zuletzt durch die öffentliche Diskussion um Hartz IV. Und dass Arbeitslose im Rahmen von Hartz IV drangsalieren werden können, stimmt auch. Dies wird wohl auch in vielen Argen und Optionskommunen versucht. Dass dies auch gewollt ist, beweisen die letzten Gesetzesänderungen der großen Koalition. Allerdings war auch dies schon mit den vorhergehenden Gesetzen möglich.

Schön finde ich, dass die Grünen über Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik diskutieren und verschiedene Perspektiven miteinander in den Dialog bringen. Allerdings wünsche ich mir, dass über Hartz IV differenziert gesprochen und es nicht nur als Synonym für Arbeitslosigkeit gesehen, darüber hinaus sollten die sozialen Aspekte mitgedacht werden.

Marlis Bredehorst, Köln 03.08 2009